

Wir stürmen für Sowjetdeutschland!

*Rede in Hamburg
8. August 1930*

Genossen und Genossinnen!

Unsere heutige gewaltige Kundgebung zeigt die Begeisterung, mit der die Kommunistische Partei in diesen Wahlkampf geht, um Klärung über die Grundfragen der proletarischen Revolution zu schaffen.

In diesem Saale sind heute auch alte sozialdemokratische Genossen anwesend, die sich früher gemeinsam mit vielen von uns in der Sozialdemokratischen Partei - als diese noch revolutionär war - die Aufgabe des Kampfes gegen den Kapitalismus stellten. Hamburg ist eine jener Städte, in denen August Bebel zu der Zeit gewählt wurde, als die Sozialdemokratische Partei noch versuchte, die Arbeiterklasse auf der Bahn des revolutionären Marxismus zu führen.

Wir nehmen als Kommunistische Partei Deutschlands in Anspruch, diese revolutionäre Tradition übernommen zu haben. Wir erinnern an die großen Kämpfe: den Hafenarbeiterstreik 1896, den dreizehnwöchigen Werftarbeiterstreik 1911, die gewaltige revolutionäre Demonstration vor dem Rathaus gegen das verschlechterte Wahlrecht, den Wahlrechtsumsturz in Hamburg und an die revolutionären Kämpfe vom Jahre 1918. Alle diese revolutionären Ereignisse in der Geschichte der Partei sind uns gegenwärtig.

Dieser Wahlkampf in Deutschland hat für die Kommunistische Partei und für das revolutionäre Proletariat nicht nur nationale, sondern auch große internationale Bedeutung, einerseits für die Formierung und Sammlung der Streitkräfte der deutschen Reaktion und andererseits für die Aufgaben und die Problemstellung der Kämpfe der proletarischen Revolution. Wie alle deutschen Fragen- und Aufgabenkomplexe, ob wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Art, im engsten Zusammenhang mit den großen Weltfragen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik stehen, so sind auch die Grundfragen des revolutionären Klassenkampfes in Deutschland eng verbunden mit der vorwärtsstürmenden Entwicklung der Kräfte der Weltrevolution und dem Aufstieg des Sozialismus in der Sowjetunion.

Zwölf Jahre besteht die deutsche Republik, und was hat sie den deutschen werktätigen Massen gegeben? Große gewaltige Lehren und Erfahrungen für das deutsche Proletariat: Über den räuberischen Versadler Vertrag, den Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet, von Locarno über den Dawesplan bis zur Annahme und Durchführung des Youngplans in der gegenwärtigen Situation - eine große Kette von wirtschaftlichen und politischen Umwälzungen, die den Charakter der politischen Entwicklung in Deutschland beeinflussten.

Nur ein Beispiel von vielen anderen soll am Anfang genannt werden, um die Fäulnis und die Krankheitskeime des bestehenden Herrschaftssystems zu zeigen: In diesen zwölf Jahren des Bestehens der deutschen Republik hatten wir 16 verschiedene Regierungen im Reichsmaßstabe und in jeder Regierung ständigen Wechsel der einzelnen Minister. Dabei erwähne ich noch die vielen Veränderungen in den Länderregierungen in diesen zwölf Jahren. Nehmen wir nur ein Beispiel: In Hamburg hatten wir in dieser Zeit ebenfalls wechselnde Regierungen. Verschiedene Minister im Reich und Senatoren in Hamburg haben die Ministersessel und Senatorensitze geziert, sind davongelaufen oder wurden davongejagt. Sie alle werden heute vom werktätigen Volke mit hohen Pensionen bezahlt und ernährt, ohne daß von diesen Eintagsfliegen wegen ihrer „hervorragenden Arbeit“ noch irgendeiner unter dem werktätigen Volke spricht. In Hamburg wurde im Etat für Ruhegehälter der Senatoren für 1930 eine Summe von 390200 Reichsmark eingesetzt.

Ich weise auf die hohen Summen hin, die im Reichsmaßstabe an Pensionen für entlassene und davongelaufene Minister ausgezahlt werden. Nur noch die eine Tatsache: Erst kürzlich hat die

Mehrheit der Hamburger Bürgerschaft das Gehalt der Senatoren auf 30000 Mark jährlich erhöht und die Pensionen, die nach zwei Jahren Tätigkeit den Senatoren ausgezahlt werden, von 35 Prozent des Gehaltes am Anfang bis auf 80 Prozent des Gehalts steigend festgelegt.

In diesem Wahlkampf müssen wir den proletarischen Massen sagen, daß die grundsätzlichen Fragen der revolutionären Entwicklung brennender denn je auf der Tagesordnung stehen. Die Aussichten des Kampfes für den Sieg des Kommunismus in verschiedenen kapitalistischen und halbkolonialen Ländern sind seit dem Weltkrieg ungeheuer gewachsen.

Ich erinnere an die Zeit des vorwärtsstürmenden Geistes der deutschen Bauernkriege. Von Hutten sagte damals: „Es ist eine Lust zu leben.“ Wir übernehmen heute diesen Standpunkt - nicht vom Standpunkt der Gemütlichkeit, sondern vom Standpunkt der Erkämpfung eines besseren Lebens für die werktätige Menschheit. Er beherrscht den neuen Angriffsgeist, die Politik der kommunistischen Bewegung der ganzen Welt.

In diesem Moment, wo wir hier versammelt sind, stürmt im fernen Asien die kommunistische Bewegung von Sieg zu Sieg. Im bürgerlichen Pressewald heißt es in diesen Tagen „Kommunistische Meutereien und Blutaten in China“, „Ausplünderung“ und „Ausräuberung“ von Städten, „Mordtaten“ der Kommunisten. Die Lügenmethoden der kapitalistischen Welt sind uns schon zur Genüge aus der Vergangenheit bekannt. Natürlich, wenn die Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern in ihrem revolutionären Kampfe das aus den Werktätigen herausgeschundene kapitalistische Eigentum der Industriellen und Großagrarien beschlagnahmt, den Arbeitern die Fabriken und Bergwerke gibt, das Land den werktätigen Bauern ausliefert, dann brüllen und schreien die Weltbourgeoisie und ihre Tintenkulis von Raub und Mord. Die Waffen werden dort der Bourgeoisie abgenommen und dem Proletariat ausgeliefert, und an Stelle der imperialistischen und konterrevolutionären Herrschaft errichtet das Proletariat im Bündnis mit den werktätigen Bauern seine Macht, die Sowjetmacht.

In Indien entbrannten neue revolutionäre Massenkämpfe gegen die blutige koloniale Unterdrückung der sozialdemokratischen MacDonald-Regierung.

Das bedeutsamste Ereignis des revolutionären Klassenkampfes sind zweifelsohne die Straßenkämpfe in Turin. Zum ersten Male seit acht Jahren kämpft mit heroischer Kühnheit ein Teil des revolutionären Proletariats gegen das mörderische faschistische System, gegen Mussolini, in Italien. Dieser heroische Kampf und andere neue Kämpfe des revolutionären Proletariats in Italien sind der Trommelschlag, der nicht nur die italienische Arbeiterklasse, sondern auch das internationale Proletariat zum Angriff gegen den Faschismus aufrüttelt.

In Frankreich gibt es schon erfolgreiche politische Massenstreiks gegen die neuen Lohnabzüge des Sozialversicherungsgesetzes. Die Barrikaden von Rouen sind ein Sturmsignal für die ganze französische Arbeiterklasse.

Denjenigen, die in Deutschland heute noch von dem „dritten Reich“ Hitlers sprechen - der ein solches Reich wie in Italien schaffen will -, die sehr oft auf die „gesunden Zustände“ in Italien hinweisen - wobei sie die in Südtirol lebenden Deutschen völlig vergessen haben muß entgegnet werden, daß gerade der Mörder und Faschist Mussolini derjenige ist, der mit brutalster Waffengewalt jedes nationale, revolutionäre freie Leben und Treiben der Werktätigen im Lande, ob des Proletariats oder der werktätigen Bauern, der Mittelständler und der Angehörigen der freien Berufe, mit der Knute des Faschismus niederzuschlagen versuchte.

Auch in Deutschland schlagen die Wogen der revolutionären Massenbewegung an die Pforten des Reichtums, des Monopolkapitalismus, des kapitalistischen Staates und seiner Regierungen. Sie werden eines Tages zur Sturmflut gegen das morsch und faul gewordene kapitalistische System. Tiefe Erbitterung und große Enttäuschung beherrschen die Millionen der werktätigen Massen, die mit Wahlversprechungen genarrt wurden und sich überall von den Parteien betrogen fühlen.

Wir haben in den letzten Wochen gesehen, daß sich durch die Reichstagsauflösung diese Erbitterung innerhalb des Proletariats und ebenfalls innerhalb der werktätigen Massen wesentlich verschärfte und demonstrativ zum Ausdruck kam. Die Wählermassen fühlen sich von allen bürgerlichen Parteien und besonders von der deutschen Sozialdemokratie mit Recht betrogen. Die Kommunistische Partei tritt vor die Wählermassen - die ihr 1928 die Stimme und das Vertrauen gaben - mit reinem Gewissen.

Die Sozialdemokratie und die II. Internationale sprachen noch kürzlich von der friedlichen Entwicklung des organisierten Kapitalismus, vom Paradies in Amerika, sie gaukelten euch vor, ganz Deutschland sei mit der Annahme des Youngplans in eine neue Ära eingetreten, der dem werktätigen Volke Erleichterungen bringen würde. Ihre kapitalistische Theorie wurde durch die Tatsachen der kapitalistischen Entwicklung, der Weltwirtschaftskrise, der Krise in Deutschland, widerlegt. Die Richtigkeit der Perspektive der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde bestätigt und die II. Internationale gezwungen, ihre eigene Theorie - wenn auch mit Hemmungen und Schwankungen - in die Siele der Wissenschaft zu versenken. Natürlich gibt es auch heute noch bei ihnen solche hartnäckigen Anhänger, solche orthodoxen rückständigen Führelemente, die diese Theorie nach wie vor aufrechterhalten.

So furchtbar diese Not ist, so ist sie doch nur ein Zeichen dafür, daß die Zeiten der kapitalistischen Ordnung zu Ende gehen. Bald in allen kapitalistischen Ländern sind die Arbeiter und werktätigen Massen von der Krise betroffen. Das ist nicht nur eine Krise innerhalb einzelner Länder, es ist die allgemeine Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Wir sprechen in Deutschland nicht nur von der Wirtschaftskrise, sondern wir sind schon in der politischen Krise. Die Tatsache der politischen Umgruppierung der Kräfte ist der Ausdruck der Vertiefung der politischen Krise in der deutschen Republik. Wir haben in diesen zwölf Jahren der deutschen Republik schon verschiedene tiefe und bedeutsame politische Umwälzungen gesehen. Waren diese politischen Umwälzungen von Nutzen für das werktätige Volk? Darauf muß jeder Wähler heute, am 14. September und nach dem 14. September eine Antwort geben. Bei abwechselnder Mitarbeit und Unterstützung durch die Sozialdemokratie in der Reichsregierung und besonders in den Länderregierungen ist und bleibt diese kapitalistische Republik die organisierte Staatsmacht der herrschenden Klasse gegen die Millionen der werk-tätigen Massen. Das „Hamburger Echo“ brachte vor einigen Wochen Bemerkungen MacDonalds, des Führers der englischen sogenannten demokratischen Arbeiterregierung, in denen er von der Krise des Kapitalismus sprach. MacDonald sagt dort unter anderem:

„Der Kapitalismus hat Millionen in der ganzen Welt von der Arbeitsstätte in die Arbeitslosigkeit gejagt. Es ist Zeit, den Kapitalismus zu regulieren und zu kontrollieren. *Die Produktion muß geordnet und planmäßig geregelt* werden. Das ist jedoch eine *internationale Frage*, die ein einziges Volk zu leisten nicht imstande ist.“

MacDonald als Führer der sogenannten Arbeiterregierung frischt hier wieder den Unsinn auf, daß es möglich wäre, den Kapitalismus zu kontrollieren und zu planen. Die deutsche kapitalistische Entwicklung, zwölf Jahre deutsche Republik und alle Tatsachen der Entwicklung in der ganzen Welt erweisen das als theoretischen Unsinn. Auch von der Amsterdamer Internationale wurde er kürzlich in den Vordergrund gestellt.

Wir hören auch andere Stimmen, die die Fragen der Krise in der Welt anders beurteilen, so zum Beispiel die „Wiener Arbeiterzeitung“ der Austromarxisten in Wien. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ schreibt in ihrer Nummer vom 25. Juni 1930 über die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise unter anderem folgendes:

„Die Krise wütet in Amerika, wo es keine Arbeiterversicherung gibt, sie wütet in Italien, wo die Arbeiter

nicht einmal eine Krankenversicherung haben, nicht weniger als in England, Deutschland, Osterreich, Siegerländer wie England und besiegte Länder wie Deutschland, demokratische und faschistische Länder, Länder mit starker Arbeiterbewegung und Länder ohne Arbeiterbewegung - sie sind alle gleich betroffen! Nein, das ist nicht die Krise irgendwelcher politischer Institutionen, irgendwelcher sozialer Einrichtungen - das ist die allgemeine Krise des ganzen Systems, das die Weltwirtschaft beherrscht, ist der Bankrott der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsordnung!“

Die Selbstmordzahlen betragen nach der Statistik des Statistischen Reichsamts im Jahre 1928 insgesamt 16036 Personen. Dies ergibt einen Tagesdurchschnitt von 44 Selbstmorden. In Berlin nahmen sich 1928 1659 Personen das Leben. 1929 betrug die Zahl 1823, das sind 9,9 Prozent mehr als 1928. Betrachten wir uns die Zahlen, die aus Hamburg vorliegen: Im November 1929 38, Dezember 48, Januar 1930 54, Februar 55, März 54 und April 47. Ich führe dieses Beispiel an, weil in fast allen Fällen der Selbstmorde soziale Ursachen, die diese Menschen zur Verzweiflung trieben und dazu veranlaßten, zugrunde liegen. Das illustriert ganz offen die tiefen Ursachen des Elends und der Not und kennzeichnet die Vermorschung des Kapitalismus.

Nehmen wir die Zeit vom Mai 1928 bis zur Auflösung des Reichstags im Juli 1930. Zwei Jahre in der Zerfallsperiode des deutschen Kapitalismus. Frischen wir das Gedächtnis der werk-tätigen Massen im Wahlkampf auf, um zu den Taten, den Handlungen, der Politik aller Parteien Stellung zu nehmen. Erinnern wir uns der Wahlversprechungen aller bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie. In Berlin wurden seinerzeit 500000 Stück Seife gratis an die Arbeiterfrauen abgegeben. Auf diesen Stückchen Seife standen folgende Verse:

„Im wunderschönen Monat Mai, wo alle Knospen prangen, da muß die SPD-Partei zu größter Macht gelangen.“

Und auf einem anderen Seifenstück stand zu lesen:

„Dieses kleine Seifenstück zeigt den Weg zu eurem Glück! Darum zur Reichstagswahl im Mai wählt die SPD-Partei!“

Mit diesem Schaum wollte man die Massen einseifen. Sie sind von der SPD eingeseift worden. Das, was sie besonders versprach, hat sie nicht wahrgemacht, sondern die Massen gefangen und belogen. Auch die übrigen bürgerlichen Parteien haben die werktätigen Massen mit ihren Versprechungen belogen und betrogen.

Ich denke dabei an folgenden Vers:

„Vor den Wahlen Handgeschüttel, Arm in Arm mit dem Arbeitskittel. Nach den Wahlen, ach, wie bald, Arme steif und Mienen kalt.“

Heute erleben wir wieder dasselbe; alle bürgerlichen Parteien und auch die Sozialdemokratie machen wieder viele Versprechungen.

Die Kommunistische Partei kann euch nur versprechen, die Partei des werktätigen Volkes zu sein und zu bleiben, innere und außerhalb des Parlaments eure Interessen aufs schärfste zu verfechten, die Partei zu sein, die auf ihre Fahne geschrieben hat, daß es im kapitalistischen System kein Hineinwachsen in den Sozialismus gibt, sondern daß nur durch den Sieg der proletarischen Revolution dieses korrupte System vernichtet werden kann.

Wir können uns noch der Tatsache erinnern, daß 1928 vor den Wahlen in ganz Deutschland Möbelwagen mit der Aufschrift herumfuhren:

„Noch mehr Steuern und Zölle, noch mehr Panzerkreuzer, Krieg??? - Nein! - Dann wählt am 20. Mai nur Sozialdemokratische Partei.“

Was erlebten wir? In der ersten Zeit der Legislaturperiode ging die Sozialdemokratie bereits dazu über, unseren Antrag und sogar ihren bei der Bürgerblockregierung gestellten Antrag, für die Kinderspeisung die ganz geringfügige Summe von einigen Millionen zu bewilligen, abzulehnen. Sie stimmte gegen diesen Antrag, trotz der Reklame an den Möbelwagen vor den Wahlen. Ein zweites Beispiel: Die Regierung Hermann Müller war es, die die Panzerkreuzer durch ihre sozialdemokratischen Minister mit bewilligen ließ.

Wir wissen, daß diese beiden Fragen im Wahlkampf in der Agitation der Sozialdemokraten eine große Rolle spielten und später mißachtet wurden.

Nehmen wir einige andere Fragen, die ebenfalls 1928 eine Rolle spielten: „Mehr Macht im Staat“, „Heran an den Staat“, „Hineinwachsen in den Sozialismus“, „Aufbau im republikanischen Deutschland“. In einem Jahresbericht im „Vorwärts“ hieß es, daß die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei zur Millionenpartei Aufbau des Sozialismus bedeute. Wir müssen von dieser Stelle aus erklären, daß diese Tiraden, die eine bewußte Verfälschung des revolutionären Marxismus darstellen, leider einen Teil der proletarischen Wählermassen, besonders auch der sozialdemokratischen Arbeiter, zu damaliger Zeit begeisterten.

Was ist das heutige sichtbare Ergebnis dieses offenen Betrugs und Verrats am revolutionären Klassenkampf des deutschen Proletariats? Trotz der 152 Mandate der SPD, trotz 5 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter in Deutschland, trotz Gebrüll und Geschrei der Sozialdemokratie gegen die Diktatur der Brüning-Regierung müssen wir die Tatsache sehen, daß diese Regierung mit den Reichsbanner- und Stahlhelmleuten Wirth und Treviranus unter Führung des Zentrums mit der Weimarer Verfassung regiert und mit dem Artikel 48 Notverordnungen herausgibt, die ohne Protest und in größter „Kameradschaftlichkeit“, durch die Länderregierungen in Preußen, Baden, Hamburg - wo Sozialdemokraten an der Spitze stehen - gegen die werktätigen Massen durchgeführt werden.

Wenn die reaktionäre Brüning-Regierung heute Notverordnungen gegen den Willen von Millionen herausgibt, wenn wir sehen, daß durch den ganzen sozialdemokratischen Blätterwald und bei der linksdemokratischen Presse Opposition gemimt wird, so dürfen wir wiederum nicht vergessen, daß die Preußenregierung, an deren Spitze Sozialdemokraten stehen, daß die badische Regierung, in der die SPD eine Rolle spielt, daß der Koalitionssenat hier in Hamburg, in dem acht Sozialdemokraten sitzen - daß allein diese drei Regierungen die von Brüning herausgegebenen Notverordnungen in Deutschland ohne Widerstand und ohne Protest durchführen.

Genossen! Stellt euch vor, was für ein gewaltiger Widerspruch! In der Agitation und Propaganda versucht die Sozialdemokratie so aufzutreten, als wenn sie gegen die Notverordnungen ist, und täuscht damit die Massen. Aber in der Praxis führen die sozialdemokratischen Oberhäupter in der Regierung die Bestimmungen und Aufgaben, die die Reichsregierung und die Industriellen stellen, in Deutschland durch. Wir haben nicht umsonst in unserem Manifest die Frage aufgeworfen, daß die Durchführung der Notverordnung einen Verfassungsbruch bedeutet, der nicht einmal die Mehrheit des Parlaments fand. Diese Notverordnung darf kein Bürger in Deutschland, kein Arbeiter, kein Mittelständler und selbstverständlich kein Erwerbsloser respektieren und anerkennen. Für diese Notverordnungen und die ausgesprochenen Steuergesetze darf keiner Gelder an den Staat zahlen und abliefern. Sabotage der Steuer und die Durchführung von Steuerstreiks sind in diesem gegenwärtigen Stadium, wo die breiten werktätigen Massen mit der KPD gemeinsam die Durchführung der Notverordnungen als ungesetzliche Handlungen betrachten, offensive Gegenmaßnahmen gegen die Willkürakte der Brüning-Regierung. Diese kapitalistischen Raub- und Ausplünderungsmaßnahmen müssen mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden, wie es an einigen Stellen in Schleswig-Holstein, in Pinneberg und auch in der Gegend von Lübeck, schon geschehen ist. Selbst Taube hören und fühlen das große Elend, selbst Blinde sehen die grenzenlose Massennot des werktätigen Volkes.

In wenigen Tagen, am 11. August, sollen die Reichsbannerkameraden, die sozialdemokratischen Arbeiter marschieren, um diese „glorreiche“ Weimarer Verfassung, die Verfassung der Kapitalisten, zu feiern. Wir können schon heute Widerstand - hier in Hamburg zum Beispiel in der SAJ - gegen den kapitalistischen Rummel dieser Feiern feststellen. Große Erbitterung herrscht in den Abteilungen in Barmbeck, in Elmsbüttel, in Eppendorf, wo die

SAJ-Mitglieder sich geweigert haben, an diesem Verfassungsaufmarsch teilzunehmen. Ich weise auf die Tatsache hin, daß in Frankfurt am Main bei einer Sitzung des Vorstandes des Reichsbanners Demokraten und Zentrum erschienen und die Sozialdemokraten nicht kamen. Die Frage, wird die Verfassungsfeier von der Regierung begangen oder sollte sie vom Reichsbanner durchgeführt werden, hat schon eine große Debatte in das Reichsbanner und vor allem in die SAJ hineingetragen. In Hamburg verlangte die SAJ, Inschriften mit der Losung zu tragen „Republik, das ist nicht viel, der Sozialismus ist unser Ziel!“

Löbe hat demgegenüber gesagt, weil ihm das schon zu weit ging: „Die Republik ist schon viel, der Sozialismus ist unser Ziel.“ Während die SAJ-Mitglieder sagen wollten, daß die Republik nichts sei und der Sozialismus alles, schreibt Löbe: „Die Republik ist schon viel.“ Er korrigierte sofort selbst diese, unserer Ansicht nach noch sentimentale Auffassung. Es wurde strengstens verboten, eine solche Losung zu tragen. Die zweite Tatsache ist, daß hier in Hamburg am 11. August verboten wurde, im Demonstrationzuge am Verfassungstage Losungen mitzutragen, die die Bundesgenossen in der Staatspartei und besonders im Zentrum, den Reichskanzler Brüning und Arbeitsminister Stegerwald, den Einpeitscher dieser faschistischen Regierung, beleidigen könnten. Hörsing hat den Befehl herausgegeben, im Wahlkampf jeden Angriff auf Reichsbannerparteien im Reichsbanner zu unterlassen. Wie kann sich ein sozialdemokratischer Arbeiter wohl fühlen in dieser Gemeinschaft mit der Staatspartei, in der Gemeinschaft sogar mit den Jungdo-Faschisten und in der Gemeinschaft mit diesem pfäffischen Zentrum.

Genossen! Ich glaube, man kann von dieser Stelle aus sagen, die Stunde ist gekommen, wo es uns Kommunisten und den mit uns sympathisierenden Arbeitern möglich ist, auch diese oppositionellen Arbeitermassen, besonders die Jugend, mit unseren Losungen und durch unsere unermüdliche Arbeit an unsere revolutionäre Front heranzubringen.

Wir sagen von dieser Stelle aus: Wir freuen uns, wenn die SPD- und SAJ-Arbeiter zu denken beginnen, wenn sie den tiefen Verrat ihrer eigenen Führer sehen und wenn sie einen weiteren Schritt zur revolutionären Massenfront unter Führung der KPD gehen würden. Wir öffnen die Türen, wir reihen sie ein in unsere Partei. Mit den großen Massen des revolutionären Proletariats organisieren wir den Sieg der proletarischen Revolution.

In diesen Tagen sind bereits positive Ergebnisse - besonders im Ruhrgebiet - zu verzeichnen. In einem Ort im Ruhrgebiet sind sieben Reichsbannerkameraden mit einem namentlichen Aufruf und einer politischen Erklärung zur Kommunistischen Partei übergetreten. Wir sehen an diesem Beispiel, daß unter Führung der Kommunistischen Partei eine stärkere Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten notwendig ist. Da wir in Deutschland an verschiedenen Stellen solche Einzelerfolge zu verzeichnen haben, haben wir die große Aufgabe der Eroberung neuer Schichten aus dem Proletariat für die große revolutionäre Sache.

Was geschah in diesen zwei Jahren mit Hilfe und durch Unterstützung der Regierung der Großen Koalition? Wurde nicht zur Zeit der Beratung und der Annahme des räuberischen Youngplan von allen Lobrednern der Hermann-Müller-Regierung, den bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD dieser räuberisch Youngplan überall angepriesen, indem man sagte, er werde dem werktätigen Volk Erleichterungen bringen? Was sehen wir in Wirklichkeit? Noch ist seit der Annahme des Youngplans kein Jahr verflossen, und aus den versprochenen Erleichterungen wurden drakonische Hungergesetze gegen die werktätigen Massen in Deutschland. Die Kommunisten hatten bereits inner- und außerhalb des Reichstages bei der Beratung des Youngplans vorausgesagt, daß der Youngplan dem werktätigen Volk neue erhöhte Ausbeutung und Ausplünderung durch die deutschen Kapitalisten bringen wird, daß er eine neue große Rauboffensive des deutschen Kapitalismus gegen das Proletariat und gegen alle werk-tätigen Schichten bedeute. Zu dieser Zeit glaubten uns viele deutsche Arbeiter nicht. Heute, in dieser Situation, ist es schon anders; sie sind vielmehr überzeugt, weil die Wirklichkeit der Kommunistischen Partei recht gegeben hat.

Die deutschen Industriellen stellten mit der Annahme des Youngplans ihr Programm, ihre Forderungen auf. Sie forderten die Beseitigung der noch vorhandenen Besitzsteuern in Höhe von zwei Milliarden Reichsmark. In Deutschland betragen die Massensteuern, die auf den Schultern der Werktätigen lasten, 70 Prozent der gesamten Steuern. Nur 30 Prozent sind Besitzsteuern. Die Industriellen forderten, daß diese 30 Prozent Besitzsteuern beseitigt und allein auf die Schultern der Werktätigen abgewälzt werden. Die zweite Forderung war die Erhöhung der Zölle und Massensteuern, die bereits in Erfüllung ging, wie es euch verschiedene Beispiele zeigen. Die dritte Forderung ist die Beseitigung der sozialen Leistungen: der Erwerbslosenversicherung, der Kranken-, der Invaliditäts-, Unfall- und Altersversicherung. Der Abbau dieser Sozialfürsorge ist schon im starken Maße eingeleitet. Die vierte Forderung, der generelle Lohnabbau bis 20, 30, ja sogar bis zu 60 Prozent in der gesamten Industrie, ist in einigen Gegenden Deutschlands im vollen Gange.

Wie antwortete in dieser Zeit die Hermann-Müller-Hilferding-Regierung auf die Forderung der Industriellen? Hilferding legte prompt sein Finanzprogramm, das 14 Punkte enthielt, im Reichstage vor.

Ich will nur die wichtigsten Punkte nennen, um zu zeigen, wie die Hermann-Müller-Regierung den Industriellen entgegengekommen ist. Es wurden die Industriebelastungen gestrichen, es wurde die Rentenbankschuld der Landwirte herabgesetzt, die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Einkommensteuer der hohen Einkommen, die Kapitalertragssteuer wurden gestrichen, die Vermögens- und die Gesellschaftssteuer gesenkt. Diese acht Punkte umfaßten schon im ganzen eine Milliarde 385 Millionen Mark. Die Industriellen verlangten in ihrem Plan zwei Milliarden und bekamen in den vierzehn Punkten eine Milliarde und 685 Millionen Mark von der Hermann-Müller-Regierung bewilligt.

Die zweite Forderung, die Erhöhung der Zölle, der Zollraub, wurde ebenfalls von der Hermann-Müller-Regierung mit Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion erfüllt. Wir haben seit 50 Jahren in der Zollgesetzgebung Deutschlands nicht solche ungeheuren Erhöhungen gesehen, wie sie in diesem Jahre im Reichstage unter Zustimmung der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten zur Annahme gelangten. Im Jahre 1879 wurden in Deutschland die ersten Schutzzölle eingeführt. Aus folgender Statistik ersehen wir die Erhöhung vom Jahre 1879 bis 1930.

Im Jahre 1879 betrug der Zoll für Weizen: 1 Mark, 1912: 5,50 Mark, 1930: 12 Mark; für Roggen im Jahre 1879: 1 Mark, 1912: 5 Mark, heute ebenfalls 12 Mark; auf Kartoffeln gab es vor dem Kriege keinen Zoll - heute 4 Mark. Der Zoll für Rinder betrug im Jahre 1879: 6 Mark, 1912: 8 Mark, im Jahre 1930: 22 Mark; für Schweine im Jahre 1879: 2,50 Mark, 1912: 9 Mark, 1930: 36 Mark. Die Krautjunker in Deutschland haben noch niemals eine solche Gratifikation bekommen, wie sie ihnen von der Hermann-Müller-Regierung im Januar und Februar beschieden wurde.

Nachfolgend die Gegenüberstellung der Inlands- und Auslandspreise, weil dies besonders in Hamburg deutlich wird: Weizen kostet je Tonne im Freihafen 180 Mark, im Binnenhafen 280 Mark, Roggen im Freihafen 160 Mark je Tonne, im Binnenhafen 220 Mark. Betrachten wir die Auswirkung auf die Brotpreise: In Kopenhagen kosten 10 Pfund Brot 90 Pfennig, in Berlin 2 Mark, in Hamburg ungefähr 2,50 Mark. Nehmen wir ein anderes Beispiel: In Chicago kostete Schweinefleisch im Februar 1930: 1,26 Mark, in Berlin 2,10 Mark; das Rindfleisch im Februar in Chicago 1,15 Mark, in Berlin 1,97 Mark. Das sind die Großhandelspreise. - Als letztes Beispiel die Großhandelspreise für Zucker: in Berlin je Zentner 26,50 Mark, in London 6,50 Mark.

Nur an diesen wenigen Zahlen könnt ihr erkennen, welche Räuberei in Deutschland herrscht und welche verbrecherische Politik diese Firma „Deutsche Republik“ betreibt. Ich habe diese wenigen Tatsachen angeführt, um zu zeigen, daß die Blütenträume der Youngära schon in dieser kurzen Zeit erbarmungslos zerstört sind. Ein Volk von über 65 Millionen wurde an ein

paar Dutzend internationale Profiträuber verkauft durch eine Regierung, die sich als die Bevollmächtigte ihres Opfers, durch einen Reichstag, der sich als der verkörperte Wille eben dieses Volkes von über 65 Millionen ausgibt.

Wie sieht die Zusammensetzung dieses vom „Volkswillen“ getragenen vergangenen Reichstages aus? Im letzten Reichstag waren 491 Abgeordnete. Von diesen waren 31 Industrielle und Direktoren von Großbetrieben, 27 Syndici von Trusten und Syndikaten, 73 Aufsichtsräte mit 310 Aufsichtsratsposten, 27 Junker und Rittergutsbesitzer, 22 Adlige, Grafen und Fürsten, 74 höhere Staats- und Justizbeamte und 9 höhere Geistliche.

Das sind 263 Abgeordnete aus höchsten Kreisen des Staats und der Industriekapitalisten, das sind 54 Prozent des ganzen Parlaments. Dazu kommen 46 hohe und höchste Staatsbeamte der Sozialdemokratie - sozialdemokratische Minister, Land- und Regierungsräte, Regierungs- und Polizeipräsidenten. Mit diesen sind es von den 491 Abgeordneten 309 oder 63 Prozent aller Abgeordneten. In dieser Gesellschaft kann sich kein Arbeitervertreter wohl fühlen.

Genossen! Durch diese Zusammensetzung wird am besten der wirkliche Klassencharakter dieses Parlaments gekennzeichnet. Die Hoffnung der Herren, die bei Annahme des Youngplans auf eine längere Ruhepause zum Atemholen gehofft hatten, stand auf schwachen Füßen, da durch die Weltwirtschaftskrise des kapitalistischen Systems die allseitige Zuspitzung der deutschen Krise beschleunigt wurde. Um die Bourgeoisie und die Faschisten vor dem Zorn und der Erbitterung, vor der unvermeidlichen revolutionären Lawine des proletarischen Massenkampfes zu schützen, gingen die „Helden“, die von dem Anbruch einer neuen Ara sprachen, dazu über, Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten und gegen die revolutionäre Arbeiterschaft zu schaffen.

Der sozialdemokratische Innenminister in Preußen und der „kleine Metallarbeiter“ Severing - der später durch einen Fußtritt aus der Reichsregierung hinausflog - führten in ihrer Regierungstätigkeit noch das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch und setzten sich durch Einbringen des Republikschutzgesetzes, des Zuchthausgesetzes gegen die Kommunistische Partei und die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands, für „Ruhe und Ordnung“ im Interesse des Geldsacks ein. Aber Ruhe und Ordnung werden in Deutschland nicht durch solche Gesetze geschaffen, wenn Millionen Familien nach Brot, ihre Ernährer nach Arbeit schreien. Solche Gesetze werden immer ein Fiasko erleiden. Das, was ein Bismarck und Puttkamer in 12 Jahren nicht fertigbrachten, eine große Massenbewegung und Organisation zu verbieten und zu unterdrücken, das bringen ein Severing und ein Zörgiebel heute in Deutschland erst recht nicht fertig.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, auf das Schmutzigste, das sich gezeigt hat, hinzuweisen. Wurde der Rote Frontkämpferbund etwa verboten an Hand irgendeines deutschen Gesetzes? Nicht im entferntesten! Der Rote Frontkämpferbund wurde an Hand der Bestimmungen des räuberischen Versailler Vertrages verboten. Als gesuchter Grund wurde angegeben, daß der RFB eine streng militärische Organisation sei. Severing brauchte doch einen Grund, weil er fürchtete, daß bei einer Verhandlung vor dem Reichsgericht die Nichtigkeit der „Gründe“ und der Beweisführung für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes allen sichtbar würde. Darum tat er solch einen erbärmlichen und gemeinen Schritt. Aber am ersten Jahrestage des Verbots des Roten Frontkämpferbundes marschierten mehr Rote Frontkämpfer in Berlin auf, als wir bei Ausspruch des Verbots in unserer Organisation Mitglieder hatten.

Wenn die Anwendung des Republikschutzgesetzes schon jetzt etwa 35 unserer besten Redakteure in die Gefängnisse und Festungen gebracht hat, wenn gegen 10 andere Redakteure bereits ein neues Verfahren schwebt, wenn Hunderte von Roten Frontkämpfern, die dem revolutionären Gebot und ihrer Pflicht gemäß in dieser Organisation weiter ihre Aufgaben für das Proletariat und gegen die Faschisten erfüllten, heute hinter Gefängnismauern sitzen und wenn viele andere revolutionäre deutsche Arbeiter die Schand- und Zuchthausparagrafen des

Republikerschutzgesetzes heute fühlen, dann ist das alles der beste Beweis dafür, daß dieses neue Sozialistengesetz, von Sozialdemokraten geschaffen, nur gegen uns Anwendung findet. Wir berufen uns in dieser Stunde auf einen alten mutigen Kämpfer, auf Wilhelm Liebknecht. Er sagte in dem bekannten Leipziger Hochverratsprozeß unter anderem folgendes:

„Der Gang der Dinge hängt ganz von unseren Gegnern ab. Versucht man die soziale Frage in das Gefängnis zu sperren, versucht man sie, wie in Frankreich, auf dem Schlachtfeld niederzuschmettern, nun, so wird sich Gewalt der Gewalt entgegensetzen.“ [„Leipziger Hochverratsprozeß“, Berlin 1911, S. 524. *Die Red.*]

In einer Broschüre unter dem Pseudonym Trutz-Eisenstirn, die gegen das Sozialistengesetz herauskam, heißt es:

„Also vor einem Gesetz, welches dem Menschenrecht zuwiderläuft, welches unsere Rechte verletzt oder gar den ausgesprochenen Zweck hat, uns zu unterdrücken, unsere politische Existenz zu vernichten - vor einem solchen Gesetz haben wir nicht nur keinen Respekt, ein solches Gesetz zu umgehen, zu verletzen, halten wir nicht nur nicht für unrecht, sondern wir halten es positiv für unsere Pflicht, solche Gesetze zu umgehen, zu verletzen, unwirksam zu machen.“ [Trutz-Eisenstirn, „Erzieherisches aus Puttkamerun, nebst einem Anhang vom Vetter Niemand“, London 1890, Heft 11, S. 15. *Die Red.*]

Wilhelm Liebknechts tapferes Verhalten und den Kampf der Sozialdemokratie gegen das Sozialistengesetz nehmen wir heute gegen die politischen Machthaber überall für uns in Anspruch und haben keinen Respekt vor solchen Hunger- und Unterdrückungsgesetzen gegen die deutsche Arbeiterklasse. Severing, Grzesinski, Zörgiebel und alle, die mit ihnen diese Gesetze geschaffen, werden erleben, daß diese durch Gesetze verbotenen Organisationen und daß diejenigen Kameraden aus den Reihen des deutschen revolutionären Proletariats, die diese Organisationen zusammenhalten, mit revolutionärem Geist weiterkämpfen und zusammenstehen. Sie werden erleben, daß von diesen Organisationen noch in späteren Zeiten der revolutionären Geschichte gesprochen wird, wenn man an Severing und Zörgiebel nicht mehr denkt.

Bei der Beratung des Republikerschutzgesetzes erklärte Severing: „Der Machtkitzel der kommunistischen Gewalthaber wird einen empfindlichen Dämpfer erfahren.“ Er will alles tun, um die Kommunistische Partei zu dezimieren. Und zu den Deutschnationalen gewandt, sagte er - als er über die Gefahr der drei Millionen Erwerbslosen in Deutschland sprach: „Wollen Sie in dieser Zeit der Republik den Schutz versagen?“ Und diese deutschen Reaktionäre, in deren Reihen es sehr viele Klassenrichter gibt, nahmen sofort Notiz von dieser Einladung. Der Nationalfaschist, der Innenminister Frick in Thüringen, nahm für sich das Republikerschutzgesetz in Anspruch und wandte es ausschließlich gegen das revolutionäre Proletariat in Thüringen an. Am liebsten hätte Severing die Kommunistische Partei verboten. Aber um eine Partei, die über dreieinviertel Millionen Wähler hat, eine Partei, die in wichtigen Industriegebieten schon heute in der Arbeiterklasse fest verwurzelt ist, eine Partei, die zum Beispiel in Berlin eine Anhängerschaft von etwa 600000 Wählern hinter sich hat - eine solche Festung zu rammen, muß man schon andere Voraussetzungen schaffen. Unter der Führung der Hermann-Müller-Severing-Regierung, mit Einverständnis der sozialdemokratischen Preußenregierung, wurde von dem Sozialdemokraten Zörgiebel zum ersten Male seit 38 Jahren dem Berliner Proletariat die Straße am 1. Mai verboten. Das Berliner Proletariat marschierte trotz Verbot! Hunderttausende Arbeiter beherrschten die Straßen. Sie marschierten auf, sie setzten sich zur Wehr, obwohl Zörgiebel überall versuchte, diese großen Demonstrationen in den Straßen Berlins im Blute zu ersticken. 33 revolutionäre Arbeiter wurden auf dem Schlachtfelde der Freiheit hingemordet. Die Berliner Arbeiterschaft unter Führung der Kommunistischen Partei mit ihrer bolschewistischen Politik setzte durch, daß die jetzige reaktionäre Brüning-Regierung, dieselbe Preußenregierung vom vorigen Jahre

und derselbe Arbeitermörder Zörgiebel in Berlin gezwungen wurden, am 1. Mai 1930 die Straßen in Berlin freizugeben.

Wir erklären von dieser Stelle aus: Wir betrauern jeden Toten, jeden Arbeiter, der durch die Polizeimordwerkzeuge fällt, aber wir sind stolz darauf, daß in Deutschland und in der ganzen Welt Tausende von Arbeitern und armen Bauern ihr Leben hingeben für die große, gewaltige und lebendige Sache des Kommunismus. Ich wage auszusprechen, daß heute für Müller, Severing, Noske und Zörgiebel kein Arbeiter mehr stirbt, sie selbst werden nicht für die Arbeiterschaft sterben! Wir Kommunisten aber sind bereit, für unsere Sache, für die endgültige Befreiung des deutschen Proletariats aus der kapitalistischen Youngsklaverei unermüdlich zu kämpfen. Wir werden für diese Sache nicht nur jetzt im Wahlkampf, nicht nur in jeder Produktionsstätte, nicht nur in allen Erwerbslosenstempelstellen und auf der Straße kämpfen; wir werden auch dann kämpfen, wenn uns die Stunde der Geschichte ruft, wenn es heißt, sich mit dem Blute und mit dem Leben für die große und heilige Sache des Sieges des Kommunismus einzusetzen.

Die Zeiten haben sich geändert. Mit der Veränderung und Verschärfung der Lage und der Klassengegensätze haben sich auch das Gesicht und die Politik der Sozialdemokratie wesentlich verändert. Früher Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokraten - heute durch sie und mit ihrer aktiven Hilfe Kommunistengesetz gegen die Kommunisten und revolutionären Arbeiter. Früher waren die Sozialdemokraten Verfolgte - heute sind sie die Verfolger des Kommunismus. Die Sozialdemokraten waren früher die Polizeiopfer - heute stellen sie Polizeipräsidenten für den Kapitalismus und sind Verfolger der revolutionären Arbeiterschaft in Deutschland. Unter Beeinflussung von Karl Marx wurde vor etwa 60 Jahren von der Sozialdemokratischen Partei die Pariser Kommune als ein revolutionäres Beispiel der proletarischen Diktatur gefeiert. Die SPD von heute rüstet zum Kampf gegen die proletarische Diktatur und stellt die gefährlichsten Hetzer gegen das sozialistische Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt, gegen die Sowjetunion. Die heutigen Polizeitaten erinnern mich an den Vers des Gedichtes „Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen“ von Heinrich Heine über 1848. Es heißt dort:

„Wo ihrer drei beisammenstehn,
da soll man auseinander gehn.“

Damals wurde das als allgemeiner Scherz, als Ironie, Verspottung und Witz aufgefaßt, aber heute, im Zeitalter Severings, ist es schon Wirklichkeit geworden. Es heißt in einem polizeilichen Protokoll über die Verhaftung von drei Arbeitern, die sich damals beim Hungermarsch der Erwerbslosen auf dem Wege nach Hamburg befanden, wörtlich folgendermaßen:

„Die Verhaftung geschah aus dem Grunde, weil sie im geschlossenen Zuge in Stärke von drei Personen in der Richtung nach Hamburg marschierten.“

In diesem Wahlkampf versucht die deutsche Sozialdemokratie wieder, alle Schuld des jetzigen reaktionären Kurses gegen die Werktätigen von sich abzuwälzen. Unsere Partei wird der Sozialdemokratie wie allen anderen bürgerlichen Parteien ihre Arbeit im Wahlkampf nicht leicht machen. Die Sozialdemokratie kann sich nicht freisprechen, ihr Schuldkonto ist zu groß. Die Führer der Sozialdemokratie stehen in diesem Wahlkampf vor dem Gericht der werktätigen Massen. Aber mit ihnen sitzen alle bürgerlichen Parteien auf der Anklagebank vor dem werktätigen Volke.

Warum gerade jetzt die Zerrissenheit im bürgerlichen Lager? Warum der fieberhafte Ruf nach Sammlung der bürgerlichen Front gegen den Marxismus? Warum der Schrei nach neuen Herrschaftsformen? Warum Ausschaltung des Reichstages bei den neuen, von der reaktionären Brüning-Regierung mit dem §48 gegen das werktätige Volk erlassenen

Notverordnungen? Die Verteidiger der Weimarer Verfassung begehen Verfassungsbruch und schaffen neue reaktionäre „Notgesetze“ gegen die darbenenden Massen. Der Kapitalismus in seiner wahnsinnigen, den eigenen Untergang witternden Profitgier will den letzten Versuch machen, sich mit faschistischen Gewaltmethoden gegen die Massen, die gegen die immer mehr steigende Massendauererwerbslosigkeit kämpfen, zu halten. Der Kapitalismus wird ganz allgemein zur Geißel der Menschheit, er ist wirtschaftlich und technisch reaktionär geworden. In den Atlantischen Ozean wurden kürzlich 42000 Sack Kaffee wegen Überproduktion versenkt. in Baumwollplantagen wird die Ernte nicht durchgeführt, man läßt die Pflanzen verrotten. Man züchtet sogar in Gegenden, wo Kaffee und Baumwolle wachsen, Raupen, damit die Plantagen abgefressen werden. So sieht die „Gesundung“ des Kapitalismus, so sieht sein anarchisches System in der Welt aus!

In Holland erwoogen die Kapitalisten, einen Teil der Spinaternte auf den Feldern verfaulen zu lassen. Das sind Beispiele für die Zerfalls- und Fäulniserscheinungen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems. Kapitalismus - das bedeutet Anarchie, Niedergang der Wirtschaft, Korruption und moralischer Zusammenbruch. In Deutschland kommt die erhöhte Ausplünderung der deutschen Arbeiter infolge der Tributleistungen an das internationale Räuberkapital hinzu, wobei sich das deutsche Finanzkapital an dieser internationalen Ausplünderung noch besonders bereichert und einen neuen Extraprofit über die Youngleistungen hinaus erpreßt. Nicht nur das Proletariat, alle Werktätigen müssen darunter leiden.

Diese Welle der Ausplünderungsoffensive trifft ebenfalls die Schichten des notleidenden und zum Teil ruinierten Mittelstandes und des Kleinbesitzes, die Handwerker, die kleinen Geschäftsleute und die werktätigen Bauern. Durch den Monopolkapitalismus, durch die ganze kapitalistische Entwicklung in der Epoche des Imperialismus werden diese Kreise mehr und mehr in den Strudel der Proletarisierung hineingepreßt. In Sachsen sind seit der Inflation über 400000 kleine Existenzen vernichtet worden. Nicht nur erhebliche Kreise der Kleinindustrie, besonders der Textilindustrie, sondern auch andere Kreise des Mittelstandes sind völlig verarmt. Sie sind ebenso wie viele Mittelständler in anderen Teilen Deutschlands Opfer der kapitalistischen Rationalisierung und der Monopol- und Kartellpreispolitik geworden. Gerade diese Kreise sind leider zum größten Teil an die politische Gefolgschaft des Faschismus gefesselt, weil sie im „dritten Reich“ der Nationalsozialisten - über das Hitler nirgends im Wahlkampf Auskunft gibt - einen Ausweg sehen. Er ist natürlich kein Ausweg aus ihrem großen Elend.

Wir Kommunisten haben überall auch die Interessen dieser Schichten bei der Befreiung von der Gewerbe-, Umsatz-, Grundvermögens- und anderen Steuern durch Anträge in den Parlamenten verteidigt.

Die Ledigensteuer wird ab 1. September eingeführt. Die Ledigen, die 220 Mark je Monat verdienen, sollen mit einem Steuerzuschlag von 10 Prozent der Lohnsteuer belastet werden. Die „Negersteuer“, die sozial ungerechteste Steuer, versucht man fieberhaft, überall in den Gemeinden und Städten durchzuführen, desgleichen das sogenannte Notopfer für die Beamten und Angestellten, neue Zölle, neue Kommunalsteuern - wie die Biersteuer -, Erhöhungen der Tarife und der Mieten. Obwohl die Geißel der Erwerbslosigkeit immer unbarmherziger auf die Rücken der Millionen niedersaust, wird ein neuer schamloser Abbau und für viele die restlose Entziehung der Unterstützungssätze vorgenommen, besonders bei der Jungarbeiterschaft und den Saisonarbeitern. Der Lohn- und Gehaltsabbau für Arbeiter, Angestellte und Beamte und die reaktionären faschistischen Maßnahmen in der Politik, das sind die Methoden, mit denen die Bourgeoisie aus dem kapitalistischen Durcheinander einen Ausweg sucht.

Die politischen Auseinandersetzungen in diesen Wochen bei den bürgerlichen Parteien und bei den Männern der Regierung kennzeichnen diese Bemühungen. „Reichsbannerkamerad“

Wirth spricht von der Krise der Demokratie. Die Zentrumskollegen Brüning und Stegerwald gehören zu den Haupteinpeitschern des Faschismus in Deutschland. Die Nazis wollen das „dritte Reich“.

Das „dritte Reich“ sehen wir in Italien, wo der Arbeiterschlächter Mussolini mit brutalster Waffengewalt gegen das werktätige Volk regiert. Dort streiken sogar faschistische Arbeiter, weil man ihnen das Brot stiehlt. Dieses „dritte Reich“ bedeutet offenen Faschismus, ist die brutalste Herrschaftsform des Finanzkapitals, ist die Verewigung des Hungers der werktätigen Massen bei blutigstem Mordterror gegen die Arbeiter.

Der verstorbene Reichspräsident Ebert ist der Vater des Artikels 48, mit dem er über 100 Notverordnungen gegen das Proletariat durchsetzte. Mit dem Artikel 15 haben die Sozialdemokraten durch das Ermächtigungsgesetz den Arbeitern den Achtstundentag geraubt. Hermann Müller hat wie Wirth im Reichstage enthüllt - im letzten Winter mehrfach bei Hindenburg um Vollmachten, auf Grund des Artikels 48 zu regieren, nachgesucht. Die Otto-Braun-Regierung setzte erst vor wenigen Wochen auf dem Verordnungswege die vierprozentige Mieterhöhung durch, obwohl sich eine Mehrheit im Preußischen Landtage dagegen aussprach. Hindenburg kommandierte und verlangte von der Preußenregierung Aufhebung des Stahlhelmverbots in Rheinland-Westfalen. Die Otto-Braun-Regierung führte den Befehl aus, obwohl dieses Scheinverbot damals wegen militärischer Geländeübungen und wegen des Charakters der militärischen Organisation des Stahlhelms ausgesprochen wurde. Nicht wie beim RFB - wo der militärische Charakter nicht zu beweisen war mit den schmutzigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, sondern mit Klauseln einer in der Verfassung liegenden Gesetzesbestimmung wurde dieses Verbot ausgesprochen. Hindenburg sprach den Befehl aus, der Sozialdemokrat Otto Braun führte in der Regierung diesen Befehl durch. Die Sozialdemokraten in Preußen werden von dem kaiserlichen Generalfeldmarschall von Hindenburg behandelt wie ein Bursche von seinem Leutnant. Einmal eine Zigarre und das andere Mal einen Fußtritt.

Millionen deutscher Arbeiter leiden mit ihrer Familie Hunger und Not. Etwa eine Million Gewerkschaftsmitglieder sind heute arbeitslos. 500000 bis 600000 Jungarbeiter haben kein Brot und keine Arbeit.

Arbeiterfrauen machen sich die tiefsten Sorgen um das Dasein ihrer Familie. Nur wenn man selbst zweieinhalb Jahre dieses Los der Erwerbslosigkeit mit durchgekostet hat, hat man volles Verständnis für die Verhältnisse in den Familien, wo die Kinder nach Brot und Milch schreien, die Männer Arbeit suchen und die Arbeiterfrauen, die nicht genügend Brot und Milch kaufen können, die nicht wissen, was sie in ihren Kochtopf tun sollen, mit dauernden täglichen Sorgen belastet sind.

Nur einige Zahlen, um das soziale Elend in Deutschland zu zeigen: Nach den Richtsätzen der Wohlfahrt bekommen in Hamburg Ledige 9 Mark, ein Ehepaar 14 Mark und für jedes Kind weitere 3 Mark. Nicht überall wird die Miete von der Wohlfahrtsbehörde gezahlt, nur im äußersten Fall gibt die Wohlfahrtsbehörde etwas für Miete. Wir wissen, was es für die Familien und für die Ledigen bedeutet, mit diesem Geld auszukommen. Sehen wir nach dem Hafen: Die unständig beschäftigten Hafendarbeiter, die heute höchstens 1 bis 2 Tage je Woche Arbeit und die übrigen Tage überhaupt keinen Verdienst haben, verdienen heute die Woche 18 bis 20 Mark, des öfteren noch weniger. Von diesen 18 bis 20 Mark sollen sie leben und ihre Familie ernähren. Betrachten wir den Lebenshaltungsindex des Statistischen Landesamtes in Hamburg. Dort ist der Mindestbedarf für eine fünfköpfige Familie je Woche mit 48,46 Mark berechnet. Der kürzlich noch der Sozialdemokratie angehörende Bandmann hatte ausgerechnet, daß schon 40 Mark für vier Köpfe in der Woche genügen. Im „Abend-Vorwärts“ erklärte ein Arzt namens Blumenthal-Barby, daß ein Schwerarbeiter mit 1,20 Mark täglich gut leben könne. Was schrieb der „Vorwärts“ am 22. Juli hierzu? Er schreibt, daß dieser Arzt einen Fingerzeig gegeben hat, wie man sich mit wenig Kosten gesund ernähren

könne, das heißt mit 1,20 Mark den Tag. Auch die im Betrieb stehenden Arbeiter, besonders die 2 Millionen Kurzarbeiter, haben heute unter der Not zu leiden. Im Konjunkturjahr 1928 verdienten 35,5 Prozent aller Lohnsteuerpflichtigen weniger als 100 Mark im Monat. Heute wird diese Summe durchschnittlich schon wesentlich niedriger sein.

Die ungelerten Werftarbeiter haben bei einem Stundenlohn von 79 Pfennig einen Wochenverdienst von brutto 37 Mark. Die Abzüge betragen 5 bis 7 Mark. Eine fünfköpfige Landarbeiterfamilie, in der alle arbeiten, verdient nach bürgerlichen Presseberichten zusammen nur 37,74 Mark je Woche. Dabei haben wir in Deutschland solche unhaltbaren Zustände zu verzeichnen, daß Riesengehälter gezahlt werden. So zum Beispiel bei der Hamburg-Amerika-Linie, wo der Generaldirektor Cuno 600000 Mark jährlich, dazu die Ministerpension und besondere Spesen bekommt, der Direktor der IG Farben, der 500000 Mark bekommt, der Reichsbankdirektor Luther, der 340000 Mark außer den Spesen erhält, und Dorpmüller bei der Eisenbahn, der 250000 Mark jährlich bekommt, ohne die besonderen Nebeneinkünfte und Nebenspesen.

Wir haben im Reichstage zu dieser Frage Anträge eingereicht, um die Parteien zu zwingen, Stellung zu nehmen und sich selbst zu entlarven, denn sie sind nicht gewillt, für Maßnahmen zugunsten der Armen und gegen die Reichen energisch einzugreifen.

Wir verlangten in unseren Anträgen eine Sondersteuer für Millionäre. In einer Statistik des Jahres 1925 die wir benutzen, da eine neuere nicht vorhanden ist, und eine neue Statistik wird nicht veröffentlicht, weil die Zahl der Millionäre seit 1925 stark gestiegen ist und die amtlichen Stellen das festzustellen fürchten - werden 2335 Millionäre festgestellt. 2465 Millionäre sind mindestens vorhanden. Die Aufstellung von damals war: 1870 Millionäre mit einem Vermögen von je 1 bis 2,5 Millionen und einem Gesamtvermögen von 2,7 Milliarden Mark, 325 Millionäre mit einem Vermögen von je 2,5 bis 5 Millionen Mark und einem Gesamtvermögen von fast 1,1 Milliarden Mark, 107 Millionäre mit einem Vermögen von je 5 bis 10 Millionen und einem Gesamtvermögen von 709 Millionen Mark, 33 Millionäre mit einem Vermögen von je 10 und mehr Millionen und einem Gesamtvermögen von 633 Millionen Mark. Diese 2335 Millionäre vom Jahre 1925 besaßen also ein Gesamtvermögen von über 5 Milliarden Mark.

Wir haben ferner den Antrag gestellt: besondere Besteuerung aller Vermögen von über 500000 Mark mit 10 Prozent, Besteuerung der Dividenden und sonstigen ausgeschütteten Gewinne mit 10 Prozent, Sonderbesteuerung von Aufsichtsratsstantien mit 20 Prozent, Sondersteuer von 10 Prozent für die großen Einkommen über 50000 Mark je Jahr und außerdem Senkung aller hohen Beamten- und Angestelltengehälter auf 8000 Mark sowie aller Pensionen auf 6000 Mark. Selbstverständlich verlangten wir Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen - insbesondere für die Ausgesteuerten -, Erhöhung der Kriegsoffer- und Invalidenrenten, Ausbau der Krankenversicherung, des Mutter- und Säuglingsschutzes - insbesondere die Beseitigung des §218 -, die generelle Erhöhung der Löhne und der Gehälter der Arbeiter und schlecht bezahlten Angestellten und Beamten.

Diese Anträge wurden mit allen Stimmen gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion abgelehnt. Dieses unerhörte System ist auf die Dauer für jeden Werktätigen untragbar. Wir haben über 3 Millionen Arbeitsuchende in Deutschland, im Winter wird sich diese Zahl bestimmt auf 4 bis 5 Millionen erhöhen. 12,8 Millionen Arbeiter in den verschiedenen Betrieben und die Millionen Angestellten - die heute ebenfalls in gedrückten und armen Verhältnissen leben -, von denen jetzt in Berlin, Süddeutschland und im Ruhrgebiet Zehntausende entlassen werden, wollen nicht zugrunde gehen. Die heroischen Kämpfe, in Mansfeld, in der Metallindustrie, im Ruhrgebiet und im Nordwesten, die vielen kleinen Streiks, die in allen Gegenden Deutschlands ausgebrochen sind, der jetzt in Schleswig-Holstein entflammte Landarbeiterstreik sie alle signalisieren die revolutionäre Zuspitzung der jetzigen Klassenlage in Deutschland. Je brutaler und schärfer die Ausbeutung und

Unterdrückung, je energischer und offensiver die Bourgeoisie vorzustößen versucht, um so stärker und offensiver müssen und werden sich alle Kräfte zum Widerstand und zum Gegenangriff unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition sammeln. Sie werden neuen Widerstand leisten und die Massenoﬀensive gegen das Unternehmertum und seine Hilfskräfte an allen Fronten einleiten.

Wir forderten, bei steigenden Preisen und höheren sozialen Ausgaben Anpassung und Erhöhung der Löhne und Gehälter für alle Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten. Wir forderten in unseren Anträgen im Reichstage und in der Bürgerschall Arbeit und ausreichende Unterstützung für die Ärmsten der Armen, die Millionen der Erwerbslosen. Wir verlangten den Siebensturentag bei vollem Lohnausgleich, wodurch in Deutschland etwa 3 Millionen Erwerbslose im Produktionsprozeß hätten untergebracht werden können. Von den Deutschnationalen und den Nazis bis zu den Sozialdemokraten wurden unsere Anträge abgelehnt. Die Sozialdemokratie lehnte sogar ihre eigenen, von uns später übernommenen Anträge ab. Wir liefen Sturm beim Abbau der Rechte der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, bei der Verschlechterung der Krankenversicherung - wo über 300 Millionen eingespart werden sollen -, bei der Kürzung der Ausgaben für die Invaliden- und Wohlfahrtsrentner. Wir stellten Anträge für die dem langsamen Ruin entgegengehenden Teile des armen Mittelstandes zur Befreiung von ihren drückenden Steuern. Im Agrarprogramm stellten wir Forderungen für die armen Bauern. Wir haben versucht, die kapitalistischen Parteien des öfteren zu entlarven. Das Tragischste und das Schlimmste, was im Reichstage vor sich ging, war folgendes: Als wir einen Antrag einreichten, für 35000 Blinde 10 Millionen Mark in den Etat neu aufzunehmen, lehnte die ganze Gesellschaft von den Deutschnationalen und den Nazis bis zu den Sozialdemokraten diesen berechtigten Antrag ab.

Genossen! Wir kämpfen, wie es die Klasseninteressen der Werktätigen erfordern, gegen jede Herabsetzung der Besitz- und Kapitalsteuern und für die restlose Erfassung der Kapitalgewinne aller Großunternehmungen.

Die Kommunistische Partei, als einzige antikapitalistische Partei und Kraft, stellte die Forderung auf: Die Reichen sollen zahlen! Sie stellte an die Arbeiter, die Millionen Erwerbslosen, die Angestellten und unteren Beamten, an die Angehörigen der freien Berufe, die werktätigen Mittelstandsschichten und die armen Bauern die Frage: Wollt ihr die neue Massenausplünderung der bürgerlich-sozialdemokratischen Front, oder seid ihr bereit, gemeinsam mit der Kommunistischen Partei für die Forderungen, die die kommunistische Reichstagsfraktion eingereicht hatte, außer-parlamentarisch zu kämpfen? Als wir diesen Appell den Massen auch schriftlich übermittelten, haben wir aus verschiedenen Kreisen - besonders auch von Anhängern der bürgerlichen Parteien - Zuschriften bekommen, in denen dieser außerparlamentarische Kampf begrüßt wurde.

Gestern wurden wieder im Haushaltsausschuß in Hamburg für Bauten und Schuppen der Amerika-Linie und der Levante-Linie 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, die diese Linien nur mit 7,5 Prozent zu verzinsen brauchen, wobei die Miete für den Quadratmeter mit 1 bis 2 Mark berechnet wird. Nachdem schon früher der Staat 24 Millionen Mark für die Hamburg-Amerika-Linie und die Levante-Linie hergegeben hatte und sie, diese Summe mit nur 4 Prozent jährlich zu verzinsen brauchten, hat man jetzt plötzlich diese Summe von 24 Millionen mit 13,6 Millionen Mark bei der Berechnung einkalkuliert. Das ist ein glattes Geschenk an die Hamburg-Amerika-Linie. Aber in staatlichen Wohnhäusern der Siedlungen werden trotz größter Not den Mietern alle Anträge und jede Amortisation abgelehnt.

Dem armen Mittelstand und den Kleinbauern werden keine Kredite und Subventionen gegeben, aber wie der damalige Finanzminister Moldenhauer am 1. Januar 1930 dem Reichstage unterbreitete, wurden in einem Jahre der Industrie, der Landwirtschaft, dem Verkehr und der Schifffahrt 332 Millionen Mark an Subventionen geschenkt. Den Armen die Pfennige rauben, den Reichen die Millionen zuschanzen so sieht das heutige kapitalistische

System aus. Angesichts solcher harten, nüchternen Tatsachen wagen es noch alle Klassenfeinde, als die Verfechter der Interessen des werktätigen Volkes vor den Massen aufzutreten.

Das „Hamburger Echo“ wagte es in dieser Woche, am Mittwoch, dem 6. August 1930, im Mitteilungsblatt des ADGB - obwohl ein Flugblatt, welches dieser Tage hier in Hamburg herausgegeben wurde, kein Wort gegen die Kommunistische Partei enthielt - unter anderem zu schreiben:

„Wer in dieser Stunde höchster politischer Entscheidung *bürgerlich oder gar kommunistisch* wählt, ist *bübischer Helfershelfer* der Haßgegner des Emanzipationskampfes der deutschen Arbeiterklasse. Wer Kommunisten und Bürgerparteien Gefolgschaft leistet, hilft *Arbeitslosenversicherung, Arbeitsrecht und Sozialpolitik* vernichten.“

Gibt es eine schlimmere Demagogie, gibt es eine größere Beschimpfung für eine Partei, die im Reichstage am heftigsten und zu jeder Zeit für die sozialen Interessen der Werktätigen eingetreten ist? Die Sozialdemokratie stimmte aber mehrfach ihre eigenen Anträge nieder, die sie zur Zeit des Bürgerblocks gestellt hatte. Diese Partei wagt es, weil sie Verwirrung in die Massen hineinbringen will, von „bübischen Helfershelfern“ zu sprechen.

Den Wahlkampf, den wir führen, führen wir nicht um die Futterkrippen im Staat, nicht um die Ministersessel im Reich und in den Ländern. Wir stehen immer bereit, um gemeinsam mit euch, den Unterdrückten im Staate, gegen dieses morsche und verfaulte System zu kämpfen.

Der gestern abend in der Landesorganisationsversammlung der Hamburger Sozialdemokratischen Partei bestimmte Spitzenkandidat, der Vorsitzende des ADGB, Herr Großmann, hat vor längerer Zeit auf dem Verbandstag der Buchbinder über „eine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament“ ausgeführt - nachdem er eine andere Auffassung vertreten hatte als die Mehrzahl der führenden Leute innerhalb der SPD -, daß auch sie in zu starkem Abhängigkeitsverhältnis zum ausbeuterischen Kapitalismus stehen würde. Er sagte ferner:

„Es kann jeder Hanswurst, oft von dunkelster Herkunft, den heute die Bewegung irgendwo an die Spitze gespült hat, vorschlagen: Beschließt den Streik! Was dann daraus wird, welche Folgen ein verlorener Streik hat, nicht nur für den einzelnen und seine Lebenshaltung und die seiner Familie, sondern vor allem auch für den Bestand der Organisation, darum kümmert er sich nicht. Damit werden wir weder Morgan noch sonst jemand von den Beherrschern des Geldmarkts bewegen, anders über Deutschland zu urteilen als bisher. Im Gegenteil, die Leute, die Gelder in unsere Wirtschaft hineinstecken, wollen eine ruhige wirtschaftliche Entwicklung. Sie werden ihr Geld keinem Lande und keinem Volk geben, bei dem sie annehmen können, daß alle Augenblicke es da oder dort einmal kracht. Die Leute wollen eine solide Anlage ihres Kapitals und eine entsprechende Verzinsung. Das ist natürlich fürchterlich für uns, aber es ist nicht zu ändern.“

Ach, diese Arbeitslosendemonstrationen! Die wirklich Arbeitslosen, unsere Gewerkschaftsmitglieder, machten vielfach den Rummel gegen uns nur mit aus anerzogener Solidarität, aus Disziplin gegenüber den anderen. Aber unter diesen anderen waren Leutchen, denen man von weitem schon ansah, daß sie beruflich arbeitslos sind, die heute mal in Leipzig, morgen in Berlin, übermorgen in Hamburg und dann im westfälischen Industriegebiet die Sturmkolonnen der Revolution gemimt haben.“

Erstens: Trotz kapitalistischer Ausbeutung, Ausplünderung und Kapitaloffensive will er bedingungslose Ruhe und Ordnung im Lande, aber nicht Ruhe und Ordnung für die im Betrieb stehenden Arbeiter, denen der Lohn abgebaut wird, und für die Erwerbslosen, die der Unterstützung beraubt werden, sondern Ruhe und Ordnung für den Kapitalismus.

Zweitens verlangt er, daß die Arbeiterklasse vor den Schandtaten des Reichstages, der Regierung und vor dem kapitalistischen Staat kapitulieren soll, um ruhig und zufrieden diese Maßnahmen entgegenzunehmen. Ein netter sogenannter Arbeitervertreter, der sich gestern abend wieder mit ähnlichen Bemerkungen äußerte. Unsere Klassenfeinde glauben uns beschimpfen und als gemeine Verbrecher hinstellen zu können, weil wir durch unsere Arbeit

und Politik gemeinsam mit der RGO den Widerstand und die Gegenoffensive der Arbeiterklasse entfesseln. Jawohl, wir freuen uns, daß der deutsche Arbeiter und vor allen Dingen die Millionen Erwerbslosen sich wehren und das tun, was jedes Tier tut, wenn es angegriffen wird: sich aufbäumt, sich verteidigt und angreift.

Unsere Feinde glauben uns zu beschimpfen, wenn sie uns eine Erwerbslosenpartei nennen. Wir erklären ausdrücklich vor der gesamten proletarischen Öffentlichkeit: *Jawohl, wir sind die Partei der Erwerbslosen, so wie wir die Partei aller Unterdrückten in Deutschland sind. Wir sind die Partei der Betriebsarbeiter, wir sind die Partei der großen revolutionären Klassenfront des Proletariats, die alle Kräfte, alle Schichten dieser großen proletarischen Armee zum einheitlichen Kampf gegen das kapitalistische System zusammenschweißt.* Wir sind keine Schmarotzer der Arbeiterbewegung. Wir sind keine Spalter des Proletariats, sondern organisieren und schmieden die Einheitsfront aller Arbeiter auf revolutionärer Grundlage. Wir dringen in alle proletarischen Massenorganisationen ein, in die Freidenkerorganisationen, in die Sportbewegung, in die Massen der am meisten ausgebeuteten Jungarbeiter, ja, wir dringen sogar in die Reichswehr ein - wie das rote Banner des Kreuzers „Emden“ bewies -, um die Kräfte der revolutionären Klassenfront zu verstärken. Die Bourgeoisie, die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie und die Führer der Sozialdemokratie fürchten diesen für sie gefährlichen Zusammenschluß des deutschen Proletariats. Wir sind und bleiben die Träger der proletarischen Einheitsfront. Wir kämpfen dafür, daß alle Arbeiter sich fest unter Führung der KPD und der RGO zusammenschließen. Auf dieser revolutionären Basis erheben wir in diesem Wahlkampf, in jedem revolutionären Massenkampf das Sturmbanner des Kommunismus, die rote Fahne des unverfälschten revolutionären Marxismus gegen alle Klassenfeinde der werktätigen Massen.

Die Sammlungsaktion der bürgerlichen Parteien in diesen Tagen ist weiter nichts als der Versuch der Sammlung seitens der bankrotten Volksbetrüger in Deutschland. Wie die Hühner sich vor dem Sturm eng zusammenkauern, so versuchen die bürgerlichen Parteien, sich vor dem Sturm der drohenden proletarischen Revolution zusammenzufinden. Die Arbeiterklasse darf nicht nur den wochenlangen Streit der bürgerlichen Parteien untereinander als Schwäche der Zerrissenheit ansehen, sondern muß diese Bemühungen, die vorerst gescheitert sind, als Anzeichen der Konzentration der Kräfte der Reaktion zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland erkennen.

Das Auseinanderfallen der Deutschnationalen Partei in vier Stücke, dieser Partei der Zollräuber und Großagrarien, die das alte Regiment der ostpreußischen Krautjunker und der militärischen Dynastie wieder aufrichten möchte, kennzeichnet den reaktionären Kurs, den Hugenberg innerhalb und außerhalb dieser Partei durchführen will. Hugenberg hat zwar durch diesen Kurs die Partei auseinandergeschlagen, aber seine reaktionäre Politik beschleunigte die Entwicklung zum Faschismus. Hugenberg, dieser Dieb und Räuber am werktätigen Volke, verdient nicht, in den Reichstag geschickt zu werden, sondern gehört ins Zuchthaus.

Die Deutsche Volkspartei, die Partei der Schwerverdiener, die Partei des rücksichtslosesten Lohnabbaus, die Partei der Zerschlagung der politischen Rechte des Proletariats, die Partei, die in Thüringen mit dem Nationalsozialisten Frick zusammen regiert, die hier in Hamburg mit der Sozialdemokratie zusammen im Hungersenat sitzt und regiert, diese Partei wird viele Hunderttausende von Wählern einbüßen und verlieren.

Die Staatspartei, die jetzt in diesen Tagen gegründet wurde, die aus dem zusammengeschmolzenen Häuflein der Demokraten mit dem Jungdo unter Führung Mahrauns sich neu den Wählermassen vorstellt - vor denen in letzter Zeit der Führer der christlichen Gewerkschaften, Erkelenz, und ein Pfarrer Lehmann den Weg zur sozialdemokratischen „Staatspartei“ nahmen -, ist die Partei, hinter der sich der Bankier Melchior aus Hamburg, der neben Rothschild der zweitreichste Mann Europas ist, und die führenden Köpfe des größten Chemietrusts der Welt, der IG Farben in Deutschland, verstecken. Diese Giftgaspartei mit

dem faschistischen Mahraun in ihren Reihen dient dem Zweck, den politischen Stickstoff gegen die Arbeiterschaft zu schaffen, und wird im kommenden Reichstage für die chemische Industrie alles tun, um für sie neue Profite und politische Konzessionen zu ergattern.

Bei den Verschmelzungsverhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei hat eine Frage eine größere Rolle gespielt: die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. Bei der richtigen Annahme, daß die Parteien der sogenannten Mitte im kommenden Reichstage keine Mehrheit bekommen werden, ist das eine entscheidende Frage. Diese Mitte ist dann gezwungen, zusammen mit einer Gruppe des rechten Hügels oder mit der Gruppe der Sozialdemokraten zu regieren, oder es muß unter Ausschaltung des Reichstages regiert werden. Die Parteien des rechten Flügels, die deutschnationale Hugenberg-Partei, die am meisten an Stimmen verliert, die Nationalsozialisten, die diese und andere Stimmen gewinnen, und die Sozialdemokraten stehen außerhalb der sogenannten Mitte. Bei der verstärkten Faschisierung in Deutschland kommt ein Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung unter den gegenwärtigen Umständen nicht mehr so stark in Betracht, das ist schon ziemlich klar. Ich wage sogar hier die Behauptung aufzustellen, daß der jetzige Kurs der deutschen Bourgeoisie solche verschärften Faschisierungsformen annimmt, so daß die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Preußenregierung die längste Zeit gedauert hat.

Die Frage, die bei den Verhandlungen zwischen der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei gestellt wurde, war die, in welcher Form man mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten kann. Der größte Teil der Demokraten in der Staatspartei war mit der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nicht einverstanden. Sie wollen lieber eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in der Regierung. Die Volkspartei will mehr den Anschluß an die Nationalsozialisten.

Nun zur Partei, von der Hitler behauptet, sie sei die Partei des kommenden neuen Deutschlands. Diese Partei, mit vielem Geld sowohl von den deutschen Industriellen wie auch vom Ausland beschenkt, ist das gefährlichste und schmutzigste Werkzeug des deutschen Finanzkapitals. Sie wird mit Millionen an Geldern in Wort und Schrift eine Wahlagitation besonders gegen die Kommunistische Partei führen. Wir haben in letzter Zeit überall gesehen, daß diese Partei versucht, bei den verschiedensten Anlässen mit revolutionären Tiraden und Phrasen aufzutreten. Sie propagiert in den Kreisen ihrer Anhänger am aktivsten die Bekämpfung des Marxismus.

Den Nationalsozialisten, die auftreten und von dem „dritten Reich“ des Nationalsozialismus sprechen, muß man sagen, daß hinter den Worten „Nation“ und „Sozialismus“ sich die brutale Fratze des ausbeutenden Kapitalismus verbirgt. Die Nationalsozialistische Partei spielt sich als Kämpfer gegen den Youngplan auf, tritt aber in der Außenpolitik für die englische Orientierung und für Mussolini ein. Wie kann eine Partei gegen den Youngplan kämpfen, wenn sie mit den ausländischen Unterzeichnern des Youngplans, wenn sie mit Mussolini und mit der englischen Bourgeoisie, ein Bündnis will und mit ihnen in geschäftlichen und finanziellen Beziehungen steht. Sie wettern gegen Pfründenwirtschaft, Postenjägerei, um in Sachsen und im Reiche denselben Schacher um die Futterkrippe zu betreiben wie die Sozialdemokratie und die übrigen bürgerlichen Parteien. Frick erklärte in einer Versammlung der Nationalsozialistischen Partei, die NSDAP beanspruche die Besetzung des Innenministeriums im Reiche. Diese eine Tatsache, die durch Frick ausgesprochen wurde, ist ebenfalls ein Beweis dafür, daß diese Partei nur vorgibt, gegen den Youngplan zu kämpfen, aber sich bereit erklärt, in der Youngrepublik den Youngplan mit seinen Lasten zur Durchführung zu bringen. Sie, wie alle anderen, sind bestrebt, so schnell wie möglich an die Futterkrippen heranzukommen. Auf dem Boden des jetzigen Youngsystems sind sie es, die die Ausbeutung des werktätigen Volkes - wie das thüringische Beispiel beweist - am entschiedensten durchführen. Sie spielen sich als Kämpfer gegen die Youngsklaverei auf, obwohl sie in Thüringen tagtäglich die werktätigen Massen der Youngsklaverei ausliefern.

In Thüringen haben die Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern auf die Nationalsozialisten bestimmte Hoffnungen gesetzt - jetzt sind sie enttäuscht. Über eine Million Mark aus den Mitteln für Volksschulen wurden abgebaut, und fast die gleiche Summe wurde für die Kirche mehr ausgegeben. Die Durchführung der Kopfsteuer in Thüringen ist ein sozialer Skandal. Jeder Kapitalist zahlt soviel wie der ärmste Erwerbslose und nicht mehr. In diesen Tagen hat man eine alte Verordnung vom Jahre 1869 ausgegraben und wendet sie, um die Masseneintreibung der „Negersteuern“ durchzuführen, selbst gegen diejenigen an, die nicht einmal das steuerfreie Einkommen verdienen. Was haben wir von dieser Partei des sogenannten dritten Reiches zu erwarten? Sie wirbt um die Gunst des Arbeiters, während sie ihn tagtäglich im Dienste und im Auftrage des Finanzkapitals mit Knüppeln und Dolchen bearbeitet. Diese Kapitalsknechte, diese Mordkolonnen, die jetzt versuchen in die Arbeitermassen Verwirrung hineinzutragen - indem sie überall mit Pistolen und anderen Waffen auftreten -, sind eine ernste Gefahr für alle Kreise des kämpfenden Proletariats. Gegen die braune Mordpest müssen sich die Arbeiter zusammenschließen und offensiv auftreten.

Was bedeutet es, wenn diese Mordkolonnen in Deutschland mit Revolvern und anderen Mordwaffen Woche für Woche auftreten und ein junges Arbeiterleben nach dem anderen meucheln? Wir als KPD nehmen solche Tatsachen nicht ohne strenge und ernsthafte Gegenmaßnahmen entgegen. Wenn die Sozialdemokratie glaubt, diese Bewegung sei der ernsthaften Beobachtung nicht würdig, wenn sie in ihren eigenen Reihen die Gegenwehr drosselt, so sagen wir als Kommunistische Partei, daß wir die Einheitsfront aller Arbeiter gegen den Faschismus zu schaffen haben, daß wir Betriebswehren gründen, in die sozialdemokratische und parteilose Arbeiter eingegliedert werden sollen.

Wo man uns schlägt, die Arbeiterklasse angreift, werden wir uns gegen diese Todfeinde der Revolution wehren und sie angreifen.

Wenn die Naziführer glauben, eine solche Arbeiterbewegung wie die deutsche so leicht zu bekämpfen, wie es im Mussoliniland, in Rumänien, Jugoslawien und Finnland möglich war, so irren sich diese früheren kaiserlichen Offiziere. Sie werden durch die Tatsachen der Entwicklung eines anderen belehrt. Mit ihren raffiniertesten Agitationsmethoden in Wort und Schrift gelang es ihnen, vorübergehend verzweifelte und erbitterte Massen, besonders aus den bürgerlichen Parteien, einzufangen und zu gewinnen, um noch einmal die herrschende Klasse vor dem Untergang zu retten. Bei der Beratung des Republikschutzgesetzes stellte diese Partei den unerhörten Antrag, alle diejenigen, die irgendwelche Führer des alten Heeres „beschmutzen“, mit dem Tode zu bestrafen. Alle diejenigen, die eine „Rassenvermischung“ durchführen, die gegen den §218 verstoßen, sollen mit Zuchthaus bestraft werden. Diejenigen, die dazu übergehen sollten, ehemalige Führer in Deutschland anzugreifen womit auch Kaiser Wilhelm, der bekannte Ausreißer, gemeint ist -, sollen mit Prügelstrafe bestraft werden. Weitere Anträge zeigen, was diese Partei in dem sogenannten dritten Reich durchzuführen beabsichtigt. In Deutschland soll mit dem faschistischen Mordterror gegen die Werktätigen regiert werden. Gewaltsam sollen die Arbeitermassen unterdrückt werden, wie dies in einigen Balkanstaaten und in Italien leider schon seit Jahren der Fall ist.

Hätte die Sozialdemokratie nicht eine verräterische Politik gemacht, dann könnten die Faschisten nicht so frech auftreten. Die Politik der Führer der Sozialdemokratie schuf die Voraussetzung, sie gab den Weg frei für die Brücke zur faschistischen Diktatur.

Nun zur Zentrumspartei, welche zwar in Hamburg wenig Bedeutung hat, aber in Gebieten wie im Ruhrgebiet, im Rheinland, in Süddeutschland sowie in Schlesien eine bedeutende Rolle spielt. Sie ist die Partei, die die Faschisierung am geräuschlosesten unterstützt und fördert. Wer übernahm die führende Rolle in der Reichsregierung, als die Sozialdemokratie ausgestoßen wurde? Es waren Brüning, Stegerwald, Wirth usw. Das Zentrum beschleunigte mit österreichischen Methoden den Prozeß der Faschisierung. In Preußen regiert das Zentrum. Was die Sozialdemokratie ausführt, geschieht im Auftrage und unter Führung des Zentrums.

Was Brüning und Stegerwald in ihren Reden heute sagen, zeigt ganz klar, daß die Zentrumsparlei auch nicht davor zurückschreckt, ohne Reichstag die Aufgaben der Konterrevolution in Deutschland zu erfüllen.

Auch die Wirtschaftsparteien und die Bauernparteien, die angeben, die Interessen des Mittelstandes und der Bauern zu vertreten, verteidigen überall den herrschenden Kapitalismus und vertreten in Wirklichkeit die Interessen des Monopol- und Agrarkapitalismus.

Ich komme zum Schluß. Welchen Ausweg kann euch die KPD zeigen? Alle bürgerlichen Parteien sind bemüht, aus diesem morschen System einen Ausweg im kapitalistischen Sinne zu suchen. Historisch gesehen muß und wird der Kapitalismus an sich selbst zugrunde gehen. Wenn jetzt die Nazis mit neuen Methoden in die Bucht springen, so bedeutet das eine andere Methode, mit der man Millionenmassen verwirren will, um das System des Kapitalismus länger zu erhalten. Selbst die vagen Auswege, die von den bürgerlichen Parteien in ihrer jetzigen Propaganda vorgeschlagen werden, zeigen, daß sie nicht in der Lage sind, irgendwelche positiven, den Massen einleuchtenden Auswege zeigen zu können. Ein kapitalistischer „Ausweg“ aus diesem morschen System bedeutet buchstäblich eine Verewigung des sozialen Elends der kapitalistischen Versklavung, Unterdrückung und der Ausbeutung. Was geschieht, wenn das kapitalistische Deutschland schon in den nächsten Jahren nicht mehr in der Lage ist, fünf Millionen erwerbslose Arbeiter und Arbeiterinnen ernähren zu können, wenn die in Arbeit Stehenden immer mehr ausgeplündert und beraubt werden?

Eine solche Gesellschaft, wo Millionen Arbeiter nichts zu beißen haben, kann sich nie und nimmer halten. Deshalb die neuen Formen der faschistischen Propaganda in diesem Wahlkampf.

Wir stellen allen kapitalistischen Rezepten, allen neuen Operationen an dem kranken kapitalistischen Staatskörper den einzigen Ausweg, die proletarische revolutionäre Lösung, die alleinige Rettung durch den Kommunismus, entgegen. Wir sind die einzige antikapitalistische und antifaschistische, die marxistisch-revolutionäre Partei. Es ist eine infame Lüge, daß der Marxismus bankrott gemacht hat, wie die antimarxistische Front des Kapitalismus verleumderisch behauptet. Bankrott gemacht hat nicht der Marxismus, sondern bankrott gemacht hat die Politik der Sozialdemokratie, die das rote Sturmbanner, das Sturmbanner des Marxismus und Sozialismus, längst verlassen hat.

Von dieser Stelle aus brauchen wir nur einen Blick nach der Sowjetunion zu richten. Dort gibt es keinen Kapitalismus und keinen Faschismus, keinen Lohnabbau und keine Massenerwerbslosigkeit. Dort herrschen nicht Krise und Zusammenbruch. Dort reißt kein Youngplan das werktätige Volk in den tiefen sozialen Abgrund. Der Reallohn ist dort in den letzten fünf Jahren um 71 Prozent gestiegen. Im Lande von 153 Millionen Menschen, mit einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von drei Millionen, gibt es heute keinen arbeitslosen Industriearbeiter mehr.

In Deutschland gibt es bei 65 Millionen Einwohnern über 3 Millionen Erwerbslose.

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist in der Sowjetunion durchgeführt. In Deutschland verdienen die Industriearbeiterinnen durchschnittlich 50, höchstens 60 Prozent der Arbeiterlöhne. Den schwangeren Frauen in der UdSSR wird sechs Wochen vor der Entbindung voller Lohn und sechs Wochen nach der Entbindung voller Lohn und Stillgeld ausgezahlt.

Bei steigendem Reallohn wurden in den letzten sechs Monaten über eine viertel Million neue Arbeiter in den Produktionsprozeß eingereiht. 11½ Millionen Arbeiter sind dort gewerkschaftlich organisiert. Der Bauer geht zur sozialistischen Wirtschaft über, während in Deutschland und in allen Ländern die Agrarkrise wütet.

Dort sind die Waffen in den Händen der Roten Armee, in den Händen der Arbeiter und der mit ihnen verbündeten Bauern. Hier in Deutschland schlagen die bewaffneten Garden des

Kapitals die Arbeiterklasse, die sich gegen die Kapitalsoffensive wehrt, blutig nieder. Den Weg der UdSSR muß auch die deutsche Arbeiterklasse gehen! Diesen einzigen Ausweg aus der Katastrophe weist und zeigt euch die KPD.

Es gibt keine endgültige kapitalistische „Lösung“ im kapitalistischen System, durch die sich die Lage der Werktätigen verbessert, sondern nur eine proletarische revolutionäre Lösung, die Lösung, daß die Werktätigen die Staatsmacht in die Hände nehmen. Die Fesseln der Knechtschaft, die Fesseln der Lohnsklaverei müssen gesprengt werden. Erst die siegreiche nationale proletarische Revolution wird die kapitalistischen Youngketten zerreißen.

Die KPD als die Partei der nationalen Befreiung Deutschlands wird das wahr machen, wofür das Proletariat jahrzehntelang gestritten und gekämpft hat:

Arbeit und Brot allen Erwerbslosen!

Die Fabriken, die Bergwerke, die Banken der Arbeiterschaft!

Das Land den Landarbeitern und schaffenden Bauern!

Verteidigung des notleidenden Mittelstandes gegen Wuchersteuern und Monopolkapitalismus!

Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft!

Zerreißen des Sklavenpaktes der Youngbourgeoisie!

Wir kämpfen für eine Nation, in der aller kapitalistischer Grundbesitz Staatseigentum der Arbeiter und armen Bauern ist.

Die Frage der nationalen Befreiung Deutschlands steht stärker denn je auf der Tagesordnung der revolutionären Geschichte. Durch drei Generationen sollen die Peitsche des internationalen und die Peitsche des deutschen Kapitalismus über dem Haupt jedes einzelnen Werktätigen schweben. Diesem System muß ein Ende gemacht werden.

Wenn Millionen Erwerbslose, Betriebsarbeiter, Landarbeiter, ruinierte Mittelständler und arme Bauern nach einem Ausweg suchen, wir zeigen den Ausweg, sind dabei aber der Meinung, daß unsere Forderungen nur durch den Sieg des Kommunismus erkämpft werden können. Die Zerschlagung der räuberischen Youngbestimmungen und die Zerreißen der Youngsklaverei in Deutschland ist nur möglich durch den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterherrschaft und durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur!

Das ist unser Programm. Die Entscheidung in diesem Kampfe fällt nicht im Parlament, sondern in den Betrieben und auf der Straße im außerparlamentarischen Massenkampfe unter Führung der Kommunistischen Partei.

„Heran an den Staat!“ nicht wie die Nazis und Sozialdemokraten und alle anderen bürgerlichen Parteien wollen, um an die Futterkrippen zu kommen, sondern „Heran an den Staat!“ in der gegebenen Situation, um seine morschen Säulen umzustürzen und die proletarische Diktatur aufzurichten, die einzige Staatsform, in der die proletarische Demokratie herrscht.

Hinweg mit dieser reaktionären Brüning-Regierung, dieser Hungerregierung in Deutschland! Aber auch hinweg mit diesem Hungersanat in Hamburg, der nur ein anderes Glied in der großen Kette des Ausplünderungsregiments darstellt. Der Hamburger Senat ist die Interessenvertretung der Schwerindustrie und Kaufmannschaft. Er verteidigt die Interessen der Hamburg-Amerika-Linie, während er Zehntausende von Arbeitern hungern und darben läßt. Jetzt vor der Wahl wird dieser Hungersanat sein wahres Gesicht noch nicht zeigen, aber nach der Wahl werden neue Tariferhöhungen, neue Steuervorlagen und Notverordnungen rücksichtslos auch gegen euch durchgeführt werden. Solange der Arbeiter von der kommunistischen Idee nicht überzeugt, nicht erfaßt ist, scheint seine Lage ausweglos und verzweifelt. Sein Leben lang sich für fremde Interessen schinden, die Familie ewig vom Hunger bedroht, kein Lichtblick im kapitalistischen System - das ist das Los, das „Teile von ihnen zur Verzweiflung treibt. Der Kommunist sieht die Lage nicht aussichtslos und verzweifelt! Wir haben die Aufgabe, die ganze Menschheit zu einem höheren,

vollkommeneren Leben zu führen. Karl Marx hat schon im „Kommunistischen Manifest“ ausgeführt, daß wir aus Sklaven an Maschinen, aus verzweifelte Hungerleidern freie, zufriedene, schaffensfrohe Erbauer einer neuen Zukunft, eines neuen, gemeinschaftlichen Lebens machen werden.

Wir werden die Welt des Sozialismus aufbauen nach dem Beispiel der Sowjetunion. Diese revolutionäre Aufgabe stellen wir uns als Ziel. Dort, wo die revolutionäre Staatsmacht im Interesse der Allgemeinheit der Werktätigen angewandt wird, wo Grund und Boden, Bergwerke, wo die Produktion der Industrie, wo die Schiffe, die auf dem Ozean fahren, den Arbeitern gehören, ist ein Staat arbeitender Menschen, für den wir ringen und kämpfen. Dieser proletarische Staat wird in der Zukunft noch manche ungeahnten Fortschritte beim Aufbau des Sozialismus zeigen.

Auf der Tagesordnung steht in Deutschland die Frage Kommunismus oder Faschismus - Sozialismus oder Untergang in die Barbarei!

Alle bürgerlichen Parteien versuchen, die junge Generation an sich zu fesseln. Sie sind es aber gerade, die die Jungen und Mädels von 17 bis 21 Jahren in die Arbeitszwangsjacke des Arbeitsdienstpflichtgesetzes stecken wollen. Hier sollen sie vom Staat 40 Pfennig je Tag bei freier Beköstigung erhalten und in den Dienst des kapitalistischen Staates eingespannt werden; sie, die immer der erste Angriffspunkt der Reaktion auch schon vor dem Kriege waren. Unsere Aufgabe ist es, die proletarischen Jungarbeiter gemeinsam mit den Alten in der Arbeiterbewegung in eine fest zusammengeschmiedete, einheitliche Kampffront zu bringen. Unsere Aufgabe ist es, alt und jung, Mann und Frau gemeinsam in der Massenfront unter Führung der Kommunistischen Partei zu organisieren und die Massenoffensive gegen den Kapitalismus zu eröffnen. Wir sagen von dieser Stelle aus: Unsere Partei öffnet die Tore für jeden Arbeiter. Wir haben eine Anzahl parteilose, sozialdemokratische Arbeiter, sogar christliche Arbeiter im Ruhrgebiet, Rheinland und in Süddeutschland aufgefordert, unsere politische Arbeit zu überprüfen und gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern in einer Klassenfront gegen den tiefen Verrat ihrer Führer zu kämpfen. Nicht um der Parteiinteressen willen, sondern in erster Linie im Interesse der unterdrückten Klasse des Proletariats. Wir wollen nicht, daß diese Klasse von der faschistischen Diktatur blutig unterdrückt und niedergehalten wird. Die Arbeiterklasse, die schon große revolutionäre Aufgaben erfüllte, die in vielen Kämpfen ihren Mann gestanden hat, wird noch viel größere und entscheidendere Aufgaben erfüllen.

Wir brauchen in der Partei zur Durchführung unserer großen Arbeit, unserer großen Aufgaben, neues, frisches Blut und neue Kräfte aus den Reihen der deutschen Arbeiterklasse. Selbst wenn sie noch nicht ganz überzeugt sind von unserer Idee, von unseren Aufgaben, von unserer Arbeit, von unserer Politik so sollen sie sich in den Reihen unserer Partei überzeugen. Wir brauchen diese neuen Kämpfer. Wir brauchen vor allem die junge Generation, um zur gleichen Zeit unsere eigenen Reihen aufzufrischen und zu verstärken. In diesem Wahlkampf sagen wir: Die Stimmenabgabe am 14. September für die Liste 4, die Liste der Kommunisten, für die Partei der proletarischen Revolution, für die Partei der Maibarrikaden in Berlin, für die Partei des werktätigen Volkes in Deutschland - für eure Partei, die Partei aller Unterdrückten - , bedeutet eine revolutionäre Massendemonstration, ein revolutionäres Bekenntnis zum Kampf gegen das kapitalistische System und gegen den Mordfaschismus. Die Stimmenabgabe bedeutet Bekenntnis zum Kampf gegen Youngdeutschland - in dem ihr nicht nur vom nationalen, sondern vom internationalen Kapital ausgeplündert und ausgebeutet werdet gegen Massenelend und Faschismus, bedeutet, für ein freies, sozialistisches, für ein Sowjetdeutschland zu ringen und bis zum Siege für dieses große Ziel mit uns gemeinsam zu kämpfen.

„Hamburger Volkszeitung“

vom 13. und 14. August 1930.